

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG VIA INTERNET IN ZENTRALASIEN

■ ANALYSE

Mangelnde Kreativität?

Terrorismusbekämpfung via Internet in Zentralasien

2

Von Anna Gussarova, Almaty

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Zahl der Google-Suchanfragen zum Islamischen Staat in Zentralasien

6

Meinungsumfragen in Kasachstan und Kirgistan zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus

8

■ CHRONIK

20. Oktober – 23. November 2018

11

Kasachstan

11

Kirgistan

13

Tadschikistan

14

Turkmenistan

17

Usbekistan

18

Mangelnde Kreativität? Terrorismusbekämpfung via Internet in Zentralasien

Von Anna Gussarova, Almaty

Zusammenfassung

Islamistische Extremisten nutzen immer mehr das Internet, um ihre Ideen zu propagieren, Anhänger zu rekrutieren und Pläne zu schmieden. Die Regierungen der zentralasiatischen Staaten verwenden bislang im Kampf gegen diese relativ neue Bedrohung ihrer Sicherheit fast ausschließlich repressive Methoden wie das Blockieren von Websites und die juristische Verfolgung von Internetnutzern, die extremistische Seiten liken oder weiterverbreiten. Beide Ansätze sind notwendig, haben aber in der Realität der zentralasiatischen Staaten Nachteile, wie begrenzte Effektivität und Einschränkungen der bürgerlichen Rechte. Die dritte Methode, Bildung und Aufklärung der Bevölkerung, wird dagegen nur selten genutzt, obwohl erste Ansätze erfolgversprechend sind. Insgesamt scheinen die Instrumente der Sicherheitskräfte der zentralasiatischen Staaten im Kampf gegen Extremismus in Internet altmodisch und wenig kreativ.

Das Thema Extremismus ist in Zentralasien stark politisiert und wird vorrangig unter Sicherheitsaspekten betrachtet, es ist jedoch zugleich auch ziemlich unerforscht. Internetpropaganda für gewaltbereiten Extremismus, insbesondere in den sozialen Medien, ist für die Region ein relativ neues Phänomen. Erstmals tauchte sie 2014 in Form eines YouTube-Videos auf, das 150 kasachstanische Kämpfer zeigte, die sich dem Islamischen Staat (IS) angeschlossen hatten. Seitdem gehen von Zeit zu Zeit Nachrichten über aus Zentralasien stammende Terroristen, die Anschläge in Russland, Europa und auch in den USA verübt haben, um die Welt. Der tödliche Angriff, dem vor kurzem ausländische Fahrradtouristen in Tadschikistan zum Opfer fielen, zeigt, wie verwundbar die zentralasiatischen Gesellschaften in den letzten Jahren geworden sind und dass einige Menschen aus der Region für extremistische Propaganda, die zu Gewalt aufruft, empfänglich sind. In ihrem Kampf gegen den ihre Sicherheit bedrohenden, über das Internet verbreiteten gewaltbereiten Extremismus nutzen die Regierungen aller fünf zentralasiatischen Staaten repressive Methoden. Dabei werden drei Hauptinstrumente eingesetzt: technische, juristische und aufklärende Methoden.

Filtern und Blockieren

Bei den technischen Instrumenten geht es darum, extremistische und radikale Inhalte auf Internetseiten und in den sozialen Medien zu filtern oder zu blockieren. Seit 2013/14 haben 80% der extremistischen Inhalte im Internet mit Aktivitäten von Terrorgruppen im Irak und in Syrien zu tun, insbesondere von solchen des IS. Der Kampf gegen radikale Ideologien und extremistische Inhalte im Internet ist im Falle des IS, der sowohl englische wie auch russische Websites betreibt, besonders wichtig. Derzeit wird darüber spekuliert, dass sich

der IS, nachdem er seine Bastionen in Syrien verloren hat, nach Afghanistan zurückzieht. Es wird interessant sein zu beobachten, ob sich seine Propaganda entsprechend ändert. Die Rekrutierung läuft – weltweit und insbesondere in Zentralasien – vor allem über dschihadistische Foren, in denen täglich Nachrichten, Mails und Meinungen ausgetauscht werden. Obwohl die Zahl der Accounts in den sozialen Medien zunimmt, sind Foren, in denen radikale Ideologien verbreitet werden, nach wie vor eines der bevorzugten Instrumente extremistischer Organisationen.

Früher wurde der Kampf gegen Terrorismus in Kasachstan mit dem Bemühen assoziiert, die Verteilung von gedrucktem Werbematerial und anderer religiöser Literatur zu unterdrücken. In den anderen zentralasiatischen Staaten, insbesondere in Tadschikistan, war dieser Ansatz ebenfalls sehr verbreitet. So wurden beispielsweise in Kasachstan im Jahre 2009 insgesamt 25.000 Exemplare solcher Druckerzeugnisse konfisziert; 2012 waren es nur noch 11.000. Man könnte also den Eindruck gewinnen, die Zahl extremistischer Materialien habe abgenommen. Man kann aber aus diesen Zahlen auch schließen, dass es in Zeiten des Internets und der massenhaften Digitalisierung nicht mehr nötig ist, Gedrucktes zu verbreiten. Aus diesem Grunde bemühen sich die zentralasiatischen Regierungen zurzeit darum, das Internet zu überwachen und radikale Inhalte zu identifizieren. Auf staatlicher Ebene sind vor allem die Sicherheitsapparate, einschließlich Strafverfolgungsbehörden, Nationale Sicherheitskomitees (die exklusiven Sicherheitsdienstleister in allen zentralasiatischen Staaten), Innenministerien, Büros der Generalstaatsanwälte sowie auch Ministerien für Information, Kommunikation und Kultur mit dieser Aufgabe befasst.

Nach Angaben des kirgisischen Dienstes von RFE/RL gibt es 500 bis 600 Websites, die terroristische

und extremistische Inhalte verbreiten und zum Dschihad, zum Widerstand gegen die Herrschenden und zur Errichtung eines Kalifats aufrufen. Es finden sich dort auch Anleitungen zum Bombenbau.

In Kasachstan wurden 2011 zum Beispiel 400 Internetseiten verboten, die radikale Ideen und Terrorismus propagierten. 2012 waren es bereits mehr als 500, und im Jahr 2013 mehr als 600. 2017 wurden nach Angaben des kasachstanischen Ministers für Information und Kommunikation, Dauren Abajew, mehr als 9.000 Internetseiten, die mit Terrorismus, Gewaltbereitschaft und Selbstmordattentaten zu tun hatten, gesperrt und mehr als 230.000 Beiträge gelöscht.

2016 haben das kirgisische Innenministerium und das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit 86 Internetseiten wegen Propagierung von Terrorismus und Extremismus blockiert und verboten. Außerdem wurden über 20.000 Mail-Accounts von Odnoklassniki (ein russisches soziales Netzwerk, das in Zentralasien ebenso wie VKontakte sehr populär ist) als extremistisch eingestuft und gelöscht. 2017 wurde nach Angaben des Büros des kirgisischen Generalstaatsanwalts in Kirgistan der Zugang zu 159 Websites mit extremistischen und terroristischen Informationen blockiert. Dieselbe Situation können wir in Tadschikistan beobachten, wo die Regierung Facebook und Viber (den populärsten Nachrichtendienst im Land) sperren ließ, weil sie über den zunehmenden Einfluss radikaler Propaganda beunruhigt ist. In Usbekistan versucht man zurzeit, eine Liste von verbotenen Websites zu erstellen; sie wird jedoch auch viele weitere Quellen enthalten, die sich auf Pornographie, Extremismus, Terrorismus, Separatismus, Fundamentalismus, Aufstachelung zu nationalem, religiösem und ethnischen Hass, Zugang zu Drogen und Enthüllung von Staatsgeheimnissen beziehen. Es hat den Anschein, dass in Zentralasien viele Themen, die kontrovers diskutiert werden, politisiert und als Sicherheitsproblem eingestuft werden, insbesondere Religion.

Die technischen Werkzeuge haben eine zeitlich begrenzte Reichweite und ihre Effektivität ist daher ziemlich gering. Das simple Filtern und Blockieren von Websites führt dazu, dass Extremisten statt offener Kommunikations- und Informationskanäle geschlossene, wie Telegram, nutzen, wo sie schwieriger zu überwachen sind. Außerdem ist diese Vorgehensweise mit einer Reihe besonderer Schwierigkeiten verbunden. Erstens gibt es keine öffentlichen und verlässlichen Informationen von Seiten staatlicher Einrichtungen darüber, welche Internetquellen warum verboten oder blockiert sind. Die Definitionen von Extremismus und Terrorismus sind in allen zentralasiatischen Staaten vage und überschneiden sich. Zudem gehen die Justizbehörden selektiv vor bzw. die Rechtsstaatlichkeit ist schwach ausgeprägt. Daher

können Hasstiraden und Widerspruch gegen staatliche Narrative im Internet ebenfalls unter den Extremismusvorwurf fallen. Aus diesem Grund ist es unmöglich, sich in den sozialen Medien sicher zu bewegen. Zweitens sind sich die Nutzer nicht bewusst und werden auch nicht darüber aufgeklärt, dass das Anschauen und Hören wie auch die Verbreitung im Internet zugänglicher extremistischer Materialien oder Quellen zu Gefängnisstrafen wegen Propagierung von Extremismus oder Terrorismus führen kann. Drittens zerstören die Regierungen der zentralasiatischen Staaten durch die Sperrung von sozialen Medien oder anderen Internet-Plattformen die ohnehin schwachen Identitätsbeziehungen und das Vertrauen innerhalb ihrer Zivilgesellschaften und verlieren zudem die Chance, die Lage an der Basis zu beobachten. Und schließlich sind die zentralasiatischen Staaten nicht in der Lage, Gegen narrative zur extremistischen Propaganda zu entwickeln und zu etablieren. Dieses Thema wird ausschließlich von internationalen Geldgebern und anderen Ländern behandelt, zum Beispiel von der OSZE, UNDP und UNODC sowie besonders von der EU und den Vereinigten Staaten.

Es liegt auf der Hand, dass Maßnahmen technischer Art, wie die Löschung gewalttätiger oder radikaler Inhalte, nachdrücklich umgesetzt werden sollten. Ein Beispiel ist die Entscheidung der EU, Google, Facebook und Twitter mit Strafen zu belegen, wenn sie extremistische Inhalte nicht innerhalb einer Stunde entfernen. Doch weitere, langfristige Problemlösungen sind als Vorbeugungsmaßnahmen gegen gewalttätigen Extremismus und radikale Ideologien ebenfalls wichtig.

Gesetze kontra Freiheit des Internets

Der zweite Weg, das Problem des Extremismus im Internet anzugehen, ist der der gesetzlichen Regelung. Nach Definition der vorhandenen, nicht sehr eindeutigen Gesetze zur »Bekämpfung des Extremismus« und »Bekämpfung des Terrorismus«, die in den zentralasiatischen Staaten in den 1990-er und frühen 2000-er Jahren verabschiedet wurden, handelt es sich bei extremistischen Materialien um jede Art von Information, die Hinweise auf und/oder direkte Aufrufe zu extremistischen Handlungen enthält oder ihre Notwendigkeit rechtfertigt. Zusätzlich enthalten die Strafgesetzbücher aller zentralasiatischen Staaten einen Artikel, der sich mit Aufstachelung zum Hass befasst (in Kasachstan ist damit Extremismus gemeint).

Die Gesetze enthalten zwar Definitionen des Extremismus und seiner Spielarten, aber sie sind sehr vage gehalten. Es ist nicht klar, ob der Begriff »Aufstachelung« sich auf Worte oder Handlungen oder beides bezieht. Die Bedeutung des Begriffs als solchem bleibt unklar. Davon abgesehen enthalten die Gesetze eine klare Bot-

schaft: Aufrufe zur Gewalt werden als Extremismus eingeordnet, auch wenn darauf nicht unbedingt physische Gewaltakte folgen.

Um die innere Sicherheit zu gewährleisten ist es ist notwendig, die legitime Anwendung von staatlicher Gewalt zu stärken. Der gegenwärtig von den zentralasiatischen Regierungen verfolgte Ansatz zeigt aber auch eine starke Verschiebung der Balance von Bürgerrechten und Sicherheit zu Ungunsten der erstgenannten. In Zentralasien, wo bereits politische Rechte und bürgerliche Freiheiten, insbesondere die Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit um der Stabilität willen eingeschränkt wurden, werden auch die sozialen Medien von den Regierungen manipuliert. Überall in der Region begann man – unter dem Vorwand der Extremismusbekämpfung – Menschen wegen der Verbreitung, der Weiterleitung und des Likens von »politisch, national oder religiös nicht korrekten« oder sensitiven Inhalten in den sozialen Medien zu verhaften. In Kasachstan wurden schon mehr als 400 Personen zeitweise festgenommen, weil sie gewisse Inhalte in sozialen Netzwerken gepostet oder geteilt hatten, insbesondere bei Facebook, VKontakte und Odnoklassniki. Sie wurden wegen der Aufstachelung zu nationalem, rassistischem, religiösem und sozialem Hass sowie zu Klassenhass strafrechtlich verfolgt. Die vagen Formulierungen in den Gesetzen zur Extremismusbekämpfung erlauben es der kasachstanischen Regierung, die gesetzlichen Vorschriften je nach Einzelfall zu interpretieren, um aktive Oppositionelle zu bestrafen. Außerdem haben die Regierungen eine Atmosphäre der Angst geschaffen. Insbesondere die Sicherheitsdienste in Kasachstan und Kirgistan nutzen diese juristischen Fallstricke, um das Gewaltmonopol des Staats zu stärken und »potentielle« Schläferzellen des IS bzw. deren Unterstützer zu verfolgen.

Im Prinzip haben es die zentralasiatischen Regierungen trotz aller Anstrengungen nicht geschafft, Terroristen an der Nutzung des Internets zu hindern. Außerdem hat ihr Kampf gegen den Extremismus zu Einschränkungen und Verletzungen von bürgerlichen Freiheitsrechten geführt.

Bildung als wenig genutzte Möglichkeit

Das dritte Instrument zur Abwehr der Propagierung von Extremismus im Internet ist Bildung. Traditionell hat zivilgesellschaftliches Engagement in Zentralasien andere »wichtigere« oder »bedeutsamere« Pflichten (z. B. im sozialen Bereich), als der Ausbreitung gewalttätigen Extremismus und Terrorismus durch die Stärkung der Resilienz lokaler Gemeinschaften entgegen zu wirken. Internationale Geldgeber besetzen diese Nische oft und unterstützen nichtstaatliche Akteure darin, lokale Projekte zur »Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus/

Terrorismus« (BGET) anzustoßen. Weder zivilgesellschaftliche Einrichtungen noch Think Tanks können sich ohne ausländische oder staatliche finanziellen Hilfen mit dem Thema des gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus beschäftigen. Daher werden im Ergebnis meist projektgebundene Aktivitäten mit schnellen Ergebnissen statt langfristiger Strategien umgesetzt.

Hedajah, ein weltweites Zentrum zur Extremismusabwehr mit Hauptsitz in Saudi-Arabien, erprobt zum Beispiel zusammen mit der NGO *Search for Common Ground* (USA) ein Pilotprojekt für ein kulturell-literarisches BGET-Curriculum in Kirgistan, das das Bewusstsein für »gemeinsame BGET-Ansätze stärken und Regierungsbeamte und Vertreter der Zivilgesellschaft dazu befähigen soll, gewaltbereiten Extremismus zu verhindern bzw. ihm etwas entgegenzusetzen«. In Kasachstan lässt das UN-Büro für den Kampf gegen Drogen und Verbrechen (UNODC) zurzeit eine Reihe von Trainingseinheiten zum Thema »Kampf gegen den Terrorismus« ins Russische übersetzen, die im Rahmen der UN-Initiative *Education for Justice (E4J)* entwickelt wurden. Sie sollen kasachstanischen Dozenten, die Kurse zum Thema Terrorismusbekämpfung an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen anbieten, mit wichtigem, nützlichem Material versorgen.

Weder die aufklärenden noch die juristischen Instrumente befassen sich in ausreichendem Maße mit der Internetpräsenz des Extremismus in Zentralasien. Grundsätzlich herrscht Einigkeit darüber, dass Aufklärungskampagnen durchgeführt werden sollten, um weitere Radikalisierungen zu verhindern und den gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus in der Region zu bekämpfen. Es gibt auch einige Internetseiten, die zu diesem Zweck geschaffen wurden. Zu diesen Plattformen gehört die neue Website www.capve.org, die im Mai 2018 auf Russisch und Englisch startete und von der Abteilung für Terrorismusprävention der UNODC und ihrem Regionalbüro in Zentralasien unterstützt wird. Diese Website wendet sich an Politiker und andere Experten, »die im Kampf gegen gewaltbereiten Extremismus aktiv sind« und soll wichtige Informationen, Forschungsergebnisse und andere Materialien zum Thema bereitstellen. Zurzeit kann man dort Dokumente der Vereinten Nationen, regionale Forschungsprojekte und -ergebnisse, Anleitungen zur Extremismusbekämpfung, nationale Programme, Gesetzesvorlagen u. a. finden. Die Website enthält zwar wichtige Informationen zum Thema, ist aber noch nicht besonders nutzerfreundlich. Sie führt zwar die weltweit besten Ansätze und Richtlinien zur Extremismusbekämpfung auf, stellt aber keinen Bezug zur Region Zentralasien her.

Während des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 bot eine Social Media-Kampagne der OSZE mit dem

Hashtag #UnitedCVE jungen Menschen aus Zentralasien eine Plattform, um Ideen zu sammeln und ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen von gewaltbereitem Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus auszutauschen, das bisher Erreichte zu bewerten und Empfehlungen für politische Entscheidungsträger der OSZE in Wien auszusprechen. Dies war der erste Versuch, das Thema Extremismusbekämpfung mit Hilfe eines Hashtags anzugehen und Gegenerzählungen im Internet zu entwerfen und zu verbreiten. Von den angesprochenen Jugendlichen wurde diese Kampagne sehr gut aufgenommen.

Fazit

Abschließend muss betont werden, dass Medien eine zentrale Rolle bei einer effektiven Strategie zur Bekämpfung des Extremismus spielen müssen. Es ist bekannt, dass die Rahmenbedingungen für Medien in Zentralasien nicht sehr gut sind und nur wenige von ihnen unabhängig sind. Nur in Kirgistan ist die Medienlandschaft etwas vielfältiger. Die kasachstanische Regierung investiert beispielsweise regelmäßig Milliarden Tenge, um in den Massenmedien ihre Politik zu propagieren und kontrolliert auf diesem Wege alle Medien im Lande. Man sollte also annehmen, dass es ein Leichtes wäre, administrative wie finanzielle Ressourcen für den Aufbau einer Kommunikation über Terrorismusbekämpfung, die Verhinderung von Rekrutierungen über das Internet und für die Schaffung von Gegenarrativen aufzubringen. Kasachstan wie auch die anderen zentralasia-

tischen Staaten sollten viel größere Anstrengungen in diesem Bereich unternehmen. Soziale Medien können für die Überwachung von Terrorismuspropaganda und bei der Stärkung der digitalen Resilienz viel wirksamer sein als die bloße Zensur des Internets.

Doch leider fehlt es den Regierungen der zentralasiatischen Staaten an Ressourcen, Vertrauen und, wichtiger noch, an Kreativität bei der Bekämpfung des Extremismus im Internet. Einerseits nehmen sie soziale Medien weiterhin als Bedrohung für die Stabilität ihrer Länder und für den Status quo wahr. Andererseits ist ihre einzige Methode, um das Problem des Extremismus im Internet anzugehen, immer noch die Blockierung und das Filtern bestimmter Plattformen und Websites. Auch weil die Regierungen der Öffentlichkeit das Thema nicht gut vermitteln, ist es sehr schwierig geworden, wirkungsvolle Gegendarstellungen und Narrative zu entwickeln, die im Internet verbreitet werden und gewalttätigem Extremismus vorbeugen können. Die zentralasiatischen Staaten ziehen es immer noch vor, sich altmodischer, nicht-internetbasierter Methoden zur Prävention und Bekämpfung von im Internet propagiertem gewaltbereitem Extremismus zu bedienen, statt mit Hilfe des Internets Antworten auf die neuen Herausforderungen zu kreieren. Um die Ergebnisse zu bewerten und die Chancen zu verstehen, die die Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus mit Hilfe von internetbasierten Methoden bietet, braucht es Zeit.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Über die Autorin:

Anna Gussarova ist Direktorin des Zentralasiatischen Instituts für Strategische Studien, Almaty, und Präsidentin der Vereinigung Kasachstanischer Alumni des Zentrums für Sicherheitsstudien des George C. Marshall-Zentrums. Zuvor war sie fünf Jahre lang Forschungsassistentin am Kasachstanischen Institut für Strategische Studien (KISI) unter dem Präsidenten der Republik Kasachstan. Ihre Forschungen beschäftigen sich mit transnationalen Sicherheitsfragen, Cyber-sicherheit, gewalttätigem Extremismus, Terrorismus sowie Extremismusbekämpfung und De-Radikalisierungsfragen.

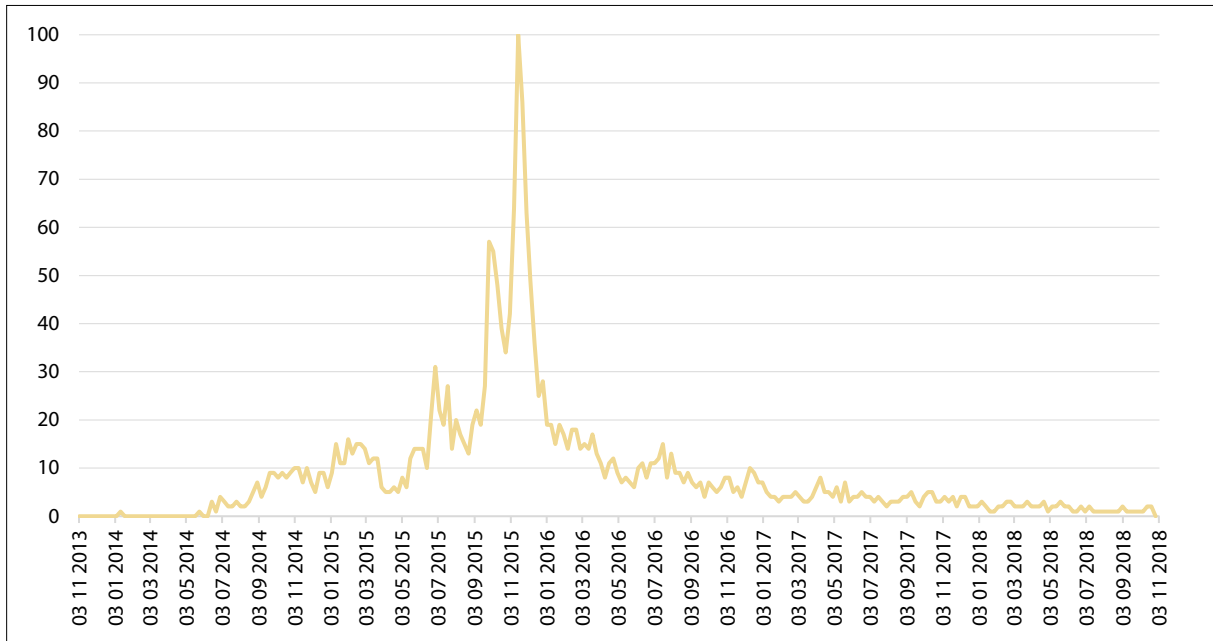
Lesetipps:

- Kazakhstan to Spend \$840M on Countering Religious Extremism, Eurasianet, 6.3.2018, = <<https://eurasianet.org/kazakhstan-to-spend-840m-on-countering-religious-extremism>>
- Online Extremism in Central Asia: Repression is not Effective, But What's the Alternative?, SecDev.Foundation, 28.2.2017, = <<https://www.secdev-foundation.org/online-extremism-central-asia-repression-not-effective-whats-alternative/>>
- Noah Tucker, Public and State Responses to ISIS Messaging: Kazakhstan, CERIA Brief, No. 13, February 2016, = <https://www.capve.org/components/com_jshopping/files/demo_products/CERIA_Brief_13_February_2016.pdf>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

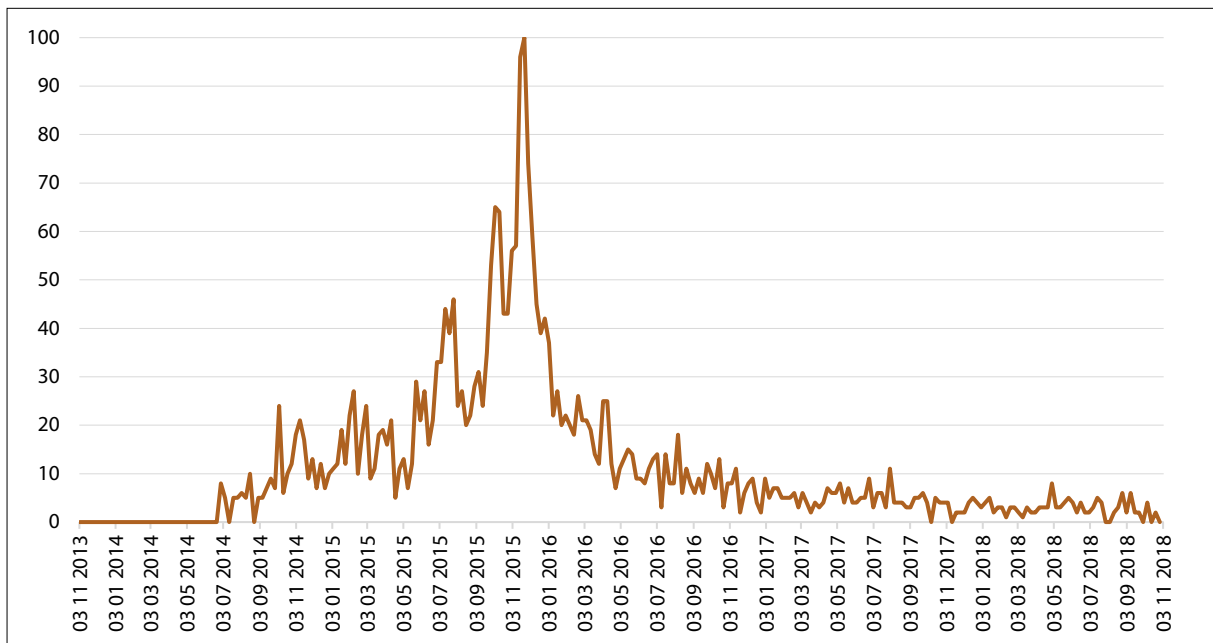
Zahl der Google-Suchanfragen zum Islamischen Staat in Zentralasien

Grafik 1: Google-Suchanfragen zum IS in Kasachstan (im Zeitraum 11/2013–11/2018)

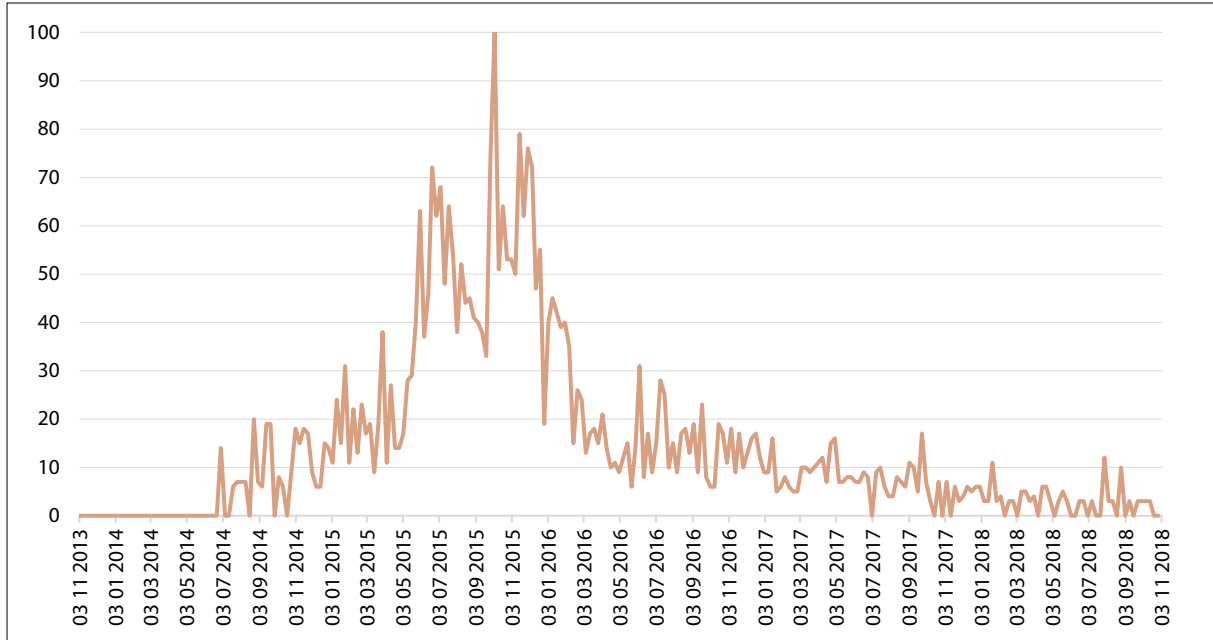


Quelle: Google Trends Analyse: Aufrufe für IS, Kasachstan <<https://trends.google.com/trends/explore?date=today%205-y&geo=KZ&q=%D0%B8%D0%B3%D0%B8%D0%BB>>

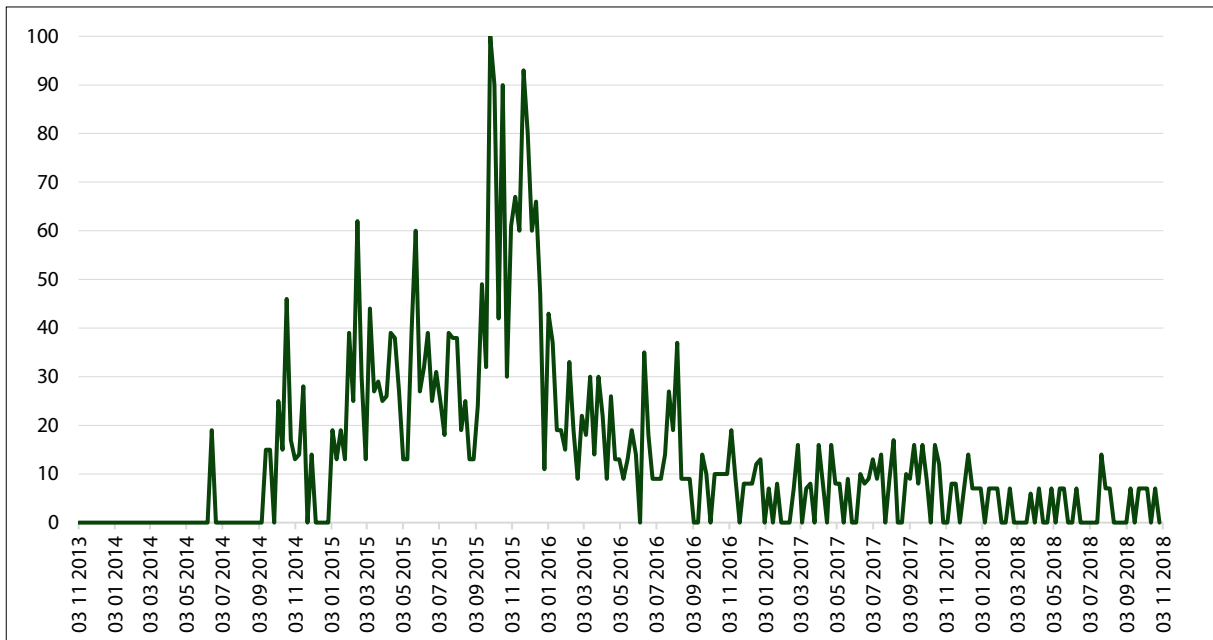
Grafik 2: Google-Suchanfragen zum IS in Kirgistan (im Zeitraum 11/2013–11/2018)



Quelle: Google Trends Analyse: Aufrufe für IS, Kirgistan <<https://trends.google.com/trends/explore?date=today%205-y&geo=KG&q=%D0%B8%D0%B3%D0%B8%D0%BB>>

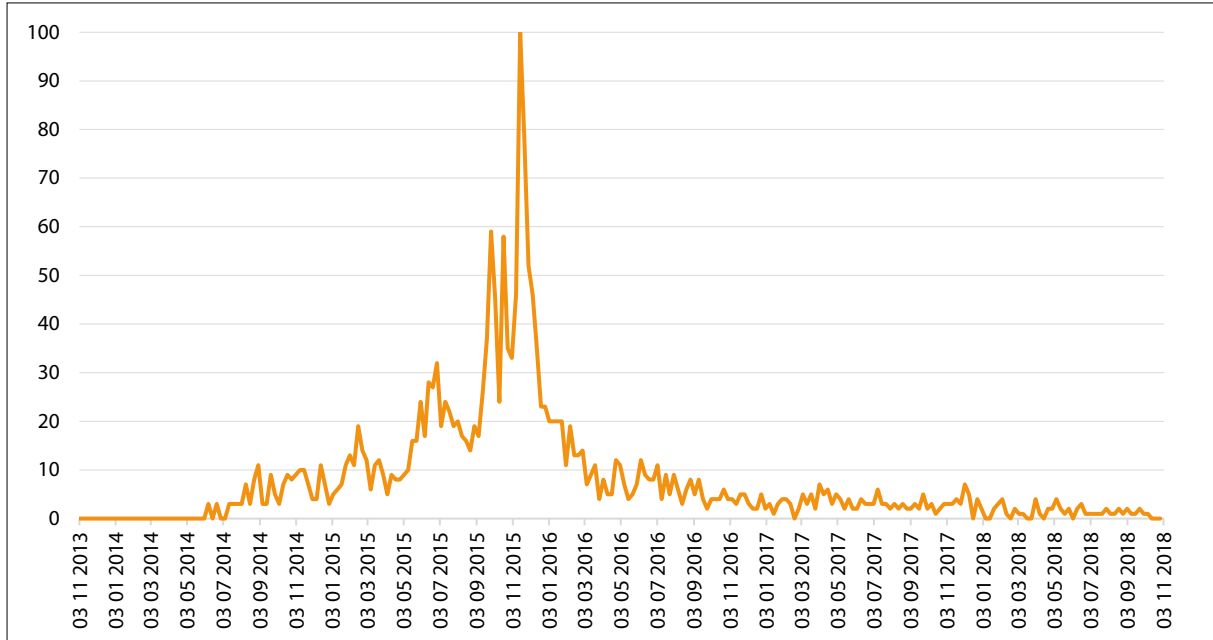
Grafik 3: Google-Suchanfragen zum IS in Tadschikistan (im Zeitraum 11/2013–11/2018)

Quelle: Google Trends Analyse: Aufrufe für IS, Tadschikistan <<https://trends.google.com/trends/explore?date=today%205-y&geo=TJ&q=%D0%B8%D0%B3%D0%B8%D0%BB>>

Grafik 4: Google-Suchanfragen zum IS in Turkmenistan (im Zeitraum 11/2013–11/2018)

Quelle: Google Trends Analyse: Aufrufe für IS, Turkmenistan <<https://trends.google.com/trends/explore?date=today%205-y&geo=TM&q=%D0%B8%D0%B3%D0%B8%D0%BB>>

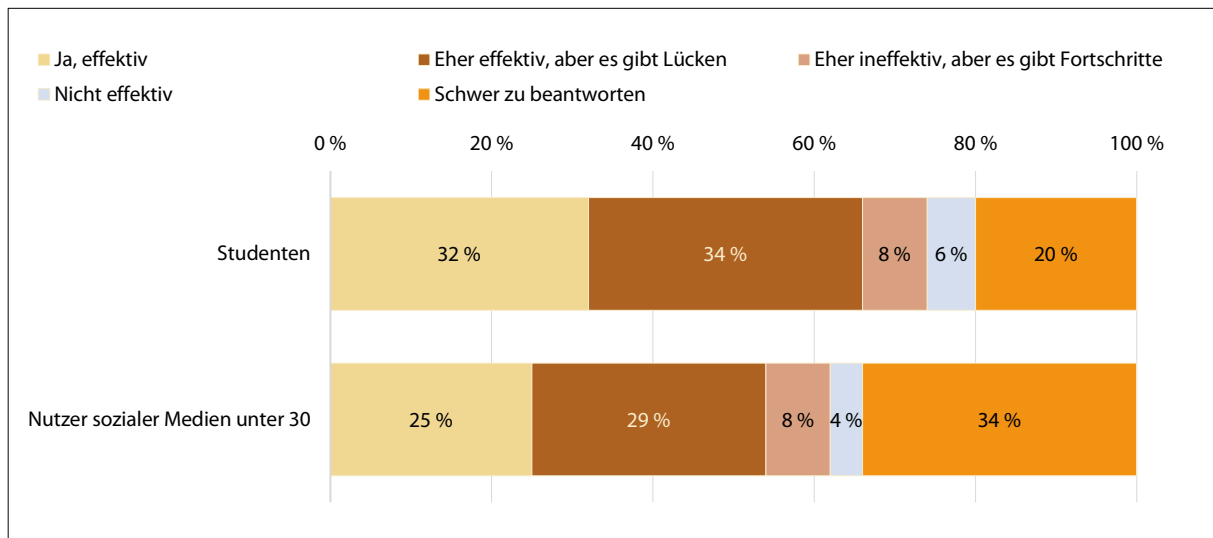
Grafik 5: Google-Suchanfragen zum IS in Usbekistan (im Zeitraum 11/2013–11/2018)



Quelle: Google Trends Analyse: Aufrufe für IS, Usbekistan <<https://trends.google.com/trends/explore?date=today%205-y&geo=UZ&q=%D0%B8%D0%B3%D0%B8%D0%BB>>

Meinungsumfragen in Kasachstan und Kirgistan zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus

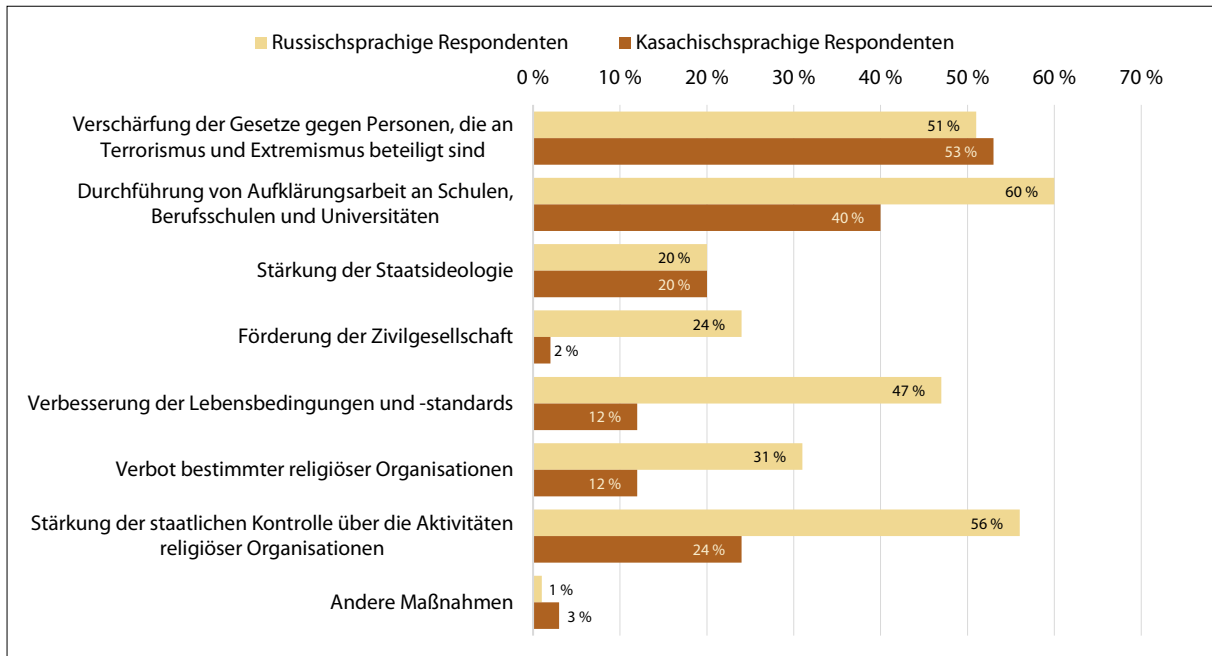
Grafik 1: Wird der Kampf gegen den Terrorismus in Ihrem Land ihrer Meinung nach aktiv geführt? Meinungsumfrage in Kasachstan



Die Umfrage erfolgte im Zeitraum von September 2015 bis Januar 2016 in Kasachstan. Insgesamt wurden 600 Respondenten befragt (davon 300 Studenten und 300 Nutzer sozialer Medien zwischen 18 und 30 Jahren, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen).

Quelle: Institut für strategische Studien unter dem Präsidenten der Republik Kasachstan: Terrorismus und religiöser Extremismus in Zentralasien: Probleme der Wahrnehmung, Case Kasachstan und Kirgisistan, Reschetnjak A. (2016) <<http://kisi.kz/uploads/33/files/6Rkxytkj.pdf>>

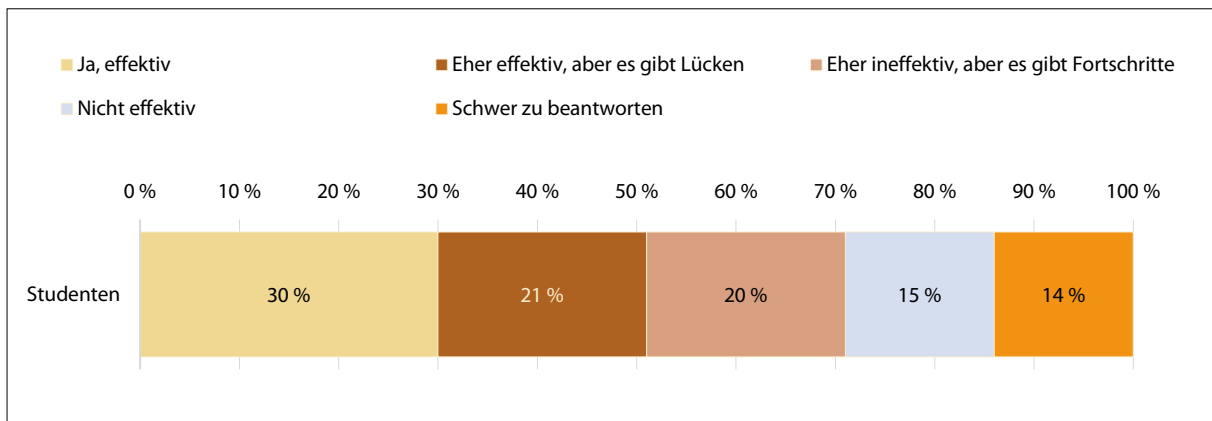
Grafik 2: Welche Maßnahmen müsste der Staat Ihrer Meinung nach gegen Terrorismus und religiösen Extremismus ergreifen? Meinungsumfrage in Kasachstan



Die Umfrage erfolgte im Zeitraum von September 2015 bis Januar 2016 in Kasachstan. Insgesamt wurden 300 Respondenten zwischen 18 und 30 Jahren befragt.

Quelle: Institut für strategische Studien unter dem Präsidenten der Republik Kasachstan: Terrorismus und religiöser Extremismus in Zentralasien: Probleme der Wahrnehmung, Case Kasachstan und Kirgisistan, Reschetnjak A. (2016) <<http://kisi.kz/uploads/33/files/6Rkxytkj.pdf>>

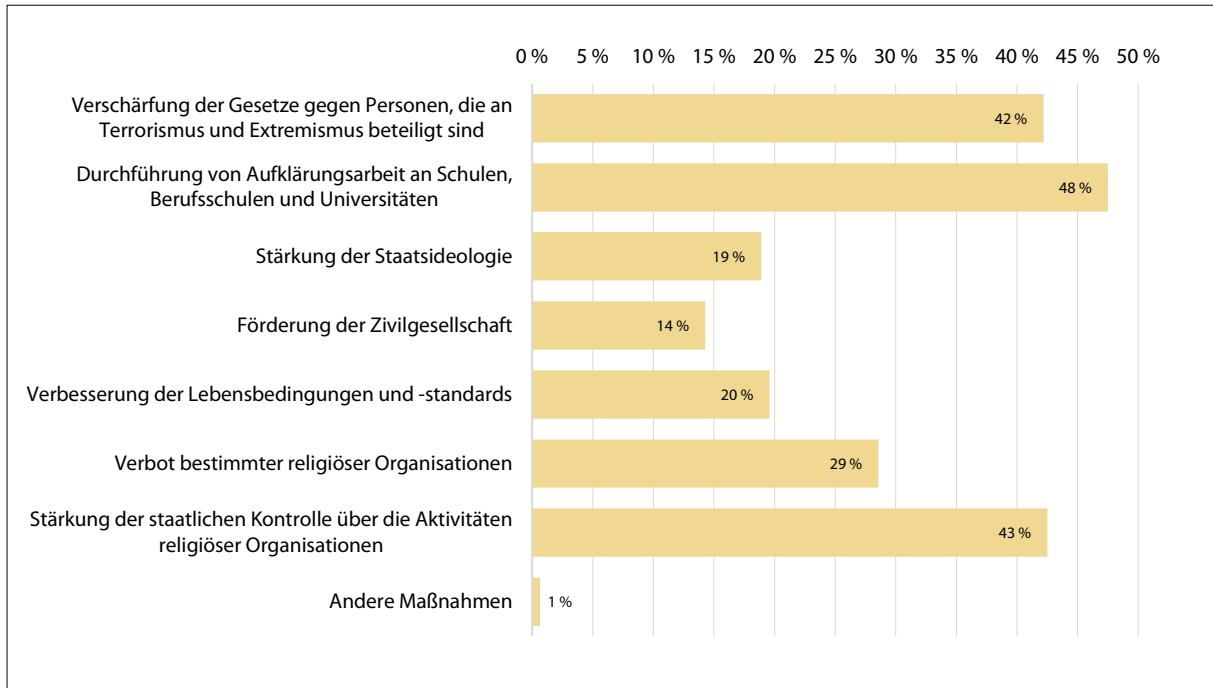
Grafik 3: Wird der Kampf gegen den Terrorismus in Ihrem Land ihrer Meinung nach aktiv geführt? Meinungsumfrage in Kirgisistan



Die Umfrage erfolgte im Zeitraum von September 2015 bis Januar 2016 in Kirgisistan. Insgesamt wurden 300 Studenten zwischen 18 und 30 Jahren befragt.

Quelle: Institut für strategische Studien unter dem Präsidenten der Republik Kasachstan: Terrorismus und religiöser Extremismus in Zentralasien: Probleme der Wahrnehmung, Case Kasachstan und Kirgisistan, Reschetnjak A. (2016) <<http://kisi.kz/uploads/33/files/6Rkxytkj.pdf>>

Grafik 4: Welche Maßnahmen müsste der Staat Ihrer Meinung nach gegen Terrorismus und religiösen Extremismus ergreifen? Meinungsumfrage in Kirgistan



Die Umfrage erfolgte im Zeitraum von September 2015 bis Januar 2016 in Kirgistan. Insgesamt wurden 300 Respondenten zwischen 18 und 30 Jahren befragt.

Quelle: Institut für strategische Studien unter dem Präsidenten der Republik Kasachstan: *Terrorismus und religiöser Extremismus in Zentralasien: Probleme der Wahrnehmung, Case Kasachstan und Kirgisistan*, Reschetnjak A. (2016) <<http://kisi.kz/uploads/33/files/6Rkxytkj.pdf>>

20. Oktober – 23. November 2018

Kasachstan

20.10.2018	Präsident Nursultan Nasarbajew trifft seine russischen und usbekischen Amtskollegen, Wladimir Putin und Schawkat Mirsijojew, in Saryagasch (Gebiet Turkistan) zu informellen Beratungen über aktuelle Fragen der Zusammenarbeit.
22.10.2018	Der Geschäftsmann Iskander Jerimbetow, der im November 2017 verhaftet worden war, wird von einem Gericht in Almaty wegen Korruption zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei seiner Mitarbeiter müssen für vier Jahre und zwei Monate hinter Gitter. Angehörige beurteilen das Urteil als politisch motiviert.
24.10.2018	Präsident Nasarbajew empfängt US-Handelsminister Wilbur Ross in Astana zu Gesprächen über den aktuellen Stand und die Perspektiven für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern.
24.10.2018	Dias Kadyrbajew, ein kasachischer Bekannter des Boston-Marathon-Bombers Dschochar Zarnajew, wird aus einem US-amerikanischen Gefängnis entlassen und kehrt nach Kasachstan zurück. Kadyrbajew und zwei weitere Freunde waren 2015 wegen Behinderung der Justiz zu mehreren Jahren Haft verurteilt worden, weil sie Beweismaterial aus dem Zimmer des Attentäters entfernt hatten.
27.10.2018	Außenminister Kairat Abdrachmanow empfängt den neuen kirgisischen Außenminister Tschingis Aidarbekow in Astana zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern.
28.10.2018	Ein Regierungsbeschluss erlaubt es der Generalstaatsanwaltschaft, dem Staatlichen Komitee für nationale Sicherheit, dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium nun offiziell, Internetseiten in Notfallsituationen zu sperren, eine Praxis, die inoffiziell schon seit Jahren angewendet wird.
29.10.2018	Tengrinews berichtet, dass das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit am Wochenende im Rahmen einer Spezialoperation im Gebiet Almaty sowie in drei weiteren Gebieten Kasachstans zehn Menschen festgenommen hat, denen terroristische Propaganda und Anstiftung zu religiösem Hass durch die Verbreitung von extremistischen Inhalten in sozialen Netzwerken vorgeworfen wird.
30.10.2018	Eine Parlamentsdelegation nimmt an der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung der CSTO in Moskau teil.
30.10.2018	Teile der Armee nehmen an militärischen Übungen der CSTO-Mitgliedstaaten unter dem Namen »Unzerstörbare Bruderschaft – 2018« im russischen Jekaterinburg teil, an denen insgesamt 1.300 Soldaten beteiligt sind.
31.10.2018	120 kasachstanische Soldaten, die sich an der UN Interim Force im Libanon (UNIFIL) als Teil des indischen Bataillons Indbat beteiligen sollen, treffen in Beirut ein. Dies ist die erste kasachstanische Beteiligung an einer Peacekeeping Mission der UN.
1.11.2018	Präsident Nasarbajew empfängt den saudi-arabischen Innenminister Abdel Aziz bin Saud bin Naif in Astana zu Gesprächen über die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.
2.11.2018	In Astana findet ein Gipfeltreffen der Regierungschefs der GUS-Mitgliedsstaaten statt, an dem nicht nur Premierminister Bakytdschan Sagyntajew, sondern auch Präsident Nasarbajew teilnimmt. Am Rande des Gipfels führt Nasarbajew bilaterale Gespräche mit dem russischen Premierminister Dmitrij Medwedjew.
2.11.2018	Rund 50 Kinder aus China stammender ethnischer Kasachen bitten bei einem Treffen im Kasachstanischen Büro für Menschenrechte die Behörden um Unterstützung bei der Befreiung ihrer Eltern aus den sogenannten Umerziehungslagern im Autonomen Gebiet Xinjiang der VR China. Nach ihren Angaben wurden ihre Eltern bei regelmäßigen Reisen zwischen Kasachstan und China festgenommen.
5.11.2018	Ein Gericht in Aktau (Gebiet Mangistau) stellt das Verfahren gegen den französischen Regisseur Vincent Prado ein, der Ende September wegen des angeblichen Fehlens von Drehgenehmigungen für einen Film über die Proteste von Schanaösen 2011 vorübergehend festgenommen und zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Prado fordert eine finanzielle Entschädigung und eine offizielle Entschuldigung von den kasachstanischen Behörden.
6.11.2018	Präsident Nasarbajew empfängt in Astana den estnischen Premierminister Jüri Ratas zu Gesprächen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Digitalisierung, Technologie und Innovationen. Am Vortag hatte Ratas bereits Gespräche mit Premierminister Sagyntajew geführt und an der Eröffnungszерemonie des neuen Technologieparks für IT-Start-ups »Astana Hub« teilgenommen.

8.11.2018	In Astana findet ein Gipfeltreffen der CSTO-Mitgliedstaaten statt, bei dem sowohl die Staatsoberhäupter als auch die Außenminister, Verteidigungsminister und die Vorsitzenden der nationalen Sicherheitsräte in verschiedenen Formaten zusammenkommen, um Themen wie regionale Sicherheit und die Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit zu besprechen. Am Rande des Gipfels finden diverse bilaterale Treffen statt, u. a. zwischen Verteidigungsminister Nurlan Jermekbajew und seinen Amtskollegen aus Armenien und Belarus, David Tonojan und Andrej Rawkow. Die Staatsoberhäupter der sieben Mitgliedsstaaten unterzeichnen eine Reihe von Dokumenten, u. a. zur Koordinierung der Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus.
9.11.2018	Ein Gericht in Aktobe verurteilt die drei Fahrer des Busses, der am 18.1.2018 auf der Fahrt von Schymkent in das russische Samara in Flammen aufgegangen war und 54 usbekische Gastarbeiter das Leben gekostet hatte, zu fünf Jahren Haft. Zwei Mitarbeiter der Firma, der der Bus gehörte, werden wegen des Einsatzes eines technisch ungeeigneten Fahrzeugs zu jeweils dreieinhalb Jahren Arbeitskolonie verurteilt.
9.11.2018	Präsident Nasarbajew empfängt seinen russischen Amtskollegen Putin im Rahmen des Interregionalen Kooperationsforums Russland-Kasachstan in Petropawl (Gebiet Nordkasachstan), bei dem es u. a. um die Entwicklung des Tourismus geht und ein gemeinsamer Aktionsplan für 2019–2021 sowie ein Plan für die interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Russland und Kasachstan 2018–2023 unterzeichnet werden.
12.11.2018	Dutzende Menschen gedenken auf einem Friedhof in Almaty des Oppositionspolitikers und Nasarbajew-Kritikers Samanbek Nurkadilow, der vor 13 Jahren erschossen in seinem Haus aufgefunden wurde. Die Todesumstände sind bis heute umstritten, während offiziell von Selbstmord ausgegangen wird, nehmen Verwandte und Oppositionspolitiker an, dass Nurkadilow ermordet wurde.
12.11.2018	Außenminister Abdrachmanow und der chinesische Botschafter Zhang Xiao vereinbaren eine engere Zusammenarbeit beim Schutz der ethnischen Kasachen im chinesischen Autonomen Gebiet Xinjiang.
13.11.2018	Am Rande der Konferenz »Astana Club« führt Präsident Nasarbajew Gespräche mit dem früheren afghanischen Präsidenten Hamid Karzai zu Fragen der regionalen Sicherheit um dem Konflikt in Afghanistan sowie mit dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, über die Beziehungen zwischen der EU und Kasachstan.
14.11.2018	An allen Universitäten des Landes werden in einem 30-minütigen Test die Kenntnisse des lateinischen Alphabets unter den Studenten überprüft.
14.11.2018	Präsident Nasarbajew gibt den Start für den ersten Börsenhandel an der Börse des Astana International Financial Center (AIFC).
15.11.2018	Präsident Nasarbajew und Premierminister Sagyntajew empfangen den slowakischen Premierminister Peter Pellegrini in Astana zu Gesprächen über die Intensivierung der Handelsbeziehungen im Rahmen der chinesischen Seidenstraßeninitiative.
15.11.2018	Die usbekische Oppositionsgruppe »Birdomlik Demokratische Volksbewegung« wird an der Durchführung eines zweitägigen Kongresses in Schymkent gehindert, auf dem die Gründung einer Oppositionspartei geplant war. Laut dem Führer der Bewegung, Bachodir Chorijew, wurde 50 Mitgliedern von den usbekischen Behörden die Ausreise verwehrt, während zehn weitere Mitglieder auf dem Weg von Almaty an der Weiterreise nach Schymkent gehindert wurden.
16.11.2018	Kasachstan stimmt als eines von 26 Ländern gegen einen Resolutionsentwurf des 3. Komitees der UN-Vollversammlung, in dem Russland Menschenrechtsverletzungen auf der Krim vorgeworfen werden.
16.11.2018	Der auf Betreiben Kasachstans international gesuchte ehemalige Bankier Dschormat Jertajew wird erneut in Moskau verhaftet, nachdem ihm die russischen Behörden seinen Flüchtlingsstatus wieder entzogen hatten.
19.11.2018	Außenminister Abdrachmanow empfängt den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Giorgi Tsereteli, und den Sonderbeauftragten der OSZE für Zentralasien, Roman Haider, in Astana zu Gesprächen über die Perspektiven der Kooperation und die Stärkung des interparlamentarischen Dialogs.
20.11.2018	Außenminister Abdrachmanow führt in Astana Gespräche mit dem albanischen Minister für europäische und auswärtige Angelegenheiten, Ditmir Buschati, über die Zusammenarbeit in der Bauindustrie, Energie und Landwirtschaft sowie innerhalb der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC).
22.11.2018	Am Rande des Kasachstan-Singapur Business Forums unterzeichnen der Minister für Investitionen und Entwicklung, Dschenis Kassymbek, und der Staatsminister für Handel und Industrie von Singapur, Koh Poh Koon, ein Investitionsabkommen.
22.11.2018	Premierminister Sagyntajew wird bei einem offiziellen Staatsbesuch in China u. a. vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping empfangen.

Kirgistan

20.10.2018	Der Berater und stellvertretende Leiter des Präsidentenbüros unter dem ehemaligen Präsidenten Almasbek Atambajew, Ikramjan Ilmijanow, wird in Kasan (RF) festgenommen und umgehend dem kirgisischen Staatlichen Komitee für nationale Sicherheit (GKNB) übergeben, nachdem er am Vortag in Abwesenheit wegen Korruption angeklagt und zur Fahndung durch Interpol ausgeschrieben worden war. Ilmijanow hatte Kirgistan im Juni 2018 mit unbekanntem Ziel verlassen.
22.10.2018	Der GKNB verhaftet einen kirgisischen Staatsbürger aus Batken wegen der Verbreitung von Videoaufnahmen und Nachrichten, die interethnische Konflikte schüren sollen, in sozialen Netzwerken.
25.10.2018	Präsident Sooronbaj Dscheenbekow ernennt Ulukbek Kotschkorow zum neuen Minister für Arbeit und soziale Entwicklung und Asamat Dschamankulow zum neuen Minister für Kultur, Information und Tourismus.
26.10.2018	Bei einer Regierungssitzung fordert Präsident Dscheenbekow die Regierungsmitglieder auf, ihre oftmals »sinnlosen« Dienstreisen ins Ausland massiv zu reduzieren. 2018 sollen Mitglieder der Regierung bereits mehr als 400 Dienstreisen unternommen haben.
27.10.2018	Außenminister Tschingis Aidarbekow tauscht sich bei seinem ersten offiziellen Besuch in Astana mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Kairat Abdrachmanow über die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern aus. Am Tag zuvor hatte er bereits in Moskau mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow Fragen der bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit im Rahmen von EEU und CSTO erörtert.
29.10.2018	In Fortsetzung seiner Antrittsbesuche in Partnerländern trifft Außenminister Aidarbekow in Tokio mit seinem japanischen Amtskollegen Taro Kono zusammen.
29.10.2018	Auf Einladung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan nimmt Präsident Dscheenbekow an den Feierlichkeiten zum 95. Jahrestag der Gründung der Republik Türkei in Istanbul teil. Am Rande der Feierlichkeiten führt Dscheenbekow bilaterale Gespräche mit seinem türkischen Amtskollegen sowie mit dem pakistanischen Präsidenten Arif Alvi.
30.10.2018	Eine Parlamentsdelegation nimmt an der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung der CSTO in Moskau teil.
30.10.2018	Teile der Armee nehmen an militärischen Übungen der CSTO-Mitgliedsstaaten unter dem Namen »Unzerstörbare Bruderschaft – 2018« in Jekaterinburg (RF) teil, an dem insgesamt 1.300 Soldaten beteiligt sind.
31.10.2018	Der GKNB gibt bekannt, dass ein kirgisischer Staatsbürger wegen der Überweisung von 100.000 US-Dollar an terroristische Gruppen in Syrien verhaftet wurde.
2.11.2018	Premierminister Muchammedkali Abylgasijew nimmt an einem Gipfeltreffen der Regierungschefs der GUS-Mitgliedsstaaten in Astana teil.
2.11.2018	Der GKNB gibt bekannt, dass im Gebiet Tschui fünf Ausländer und vier kirgisische Staatsbürger wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen wurden.
7.11.2018	Außenminister Aidarbekow führt im Vorfeld eines Treffens der CSTO-Mitgliedsstaaten in Astana Gespräche mit seinem tadschikischen Amtskollegen Sirodschiddin Muchriddin (Aslow) über die Zusammenarbeit der beiden Länder in Außenpolitik, Handel und Wirtschaft, Kultur und Grenzsicherung.
7.11.2018	Der Bürgerbeauftragte Tokon Mamytow und die russische Beauftragte für Kinder, Anna Kusnezowa, unterzeichnen in Moskau ein MoU über die Zusammenarbeit im Bereich Schutz der Rechte und der Interessen von Kindern.
8.11.2018	Präsident Dscheenbekow, Außenminister Aidarbekow und Generalstabschef Rajimberdi Duischenbijew nehmen am Gipfeltreffen der CSTO-Mitgliedstaaten in Astana teil, bei dem u. a. die Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit, die Aktivitäten des Krisenreaktionszentrums und Fragen der regionalen Sicherheit in den unterschiedlichen Organen der Organisation besprochen werden. Am Rande des Gipfels finden diverse bilaterale Treffen statt, u. a. zwischen Außenminister Aidarbekow und seinen Amtskollegen aus Tadschikistan und Belarus, Muchriddin und Wladimir Makej.
9.11.2018	In Dschalalabad wird die Journalistin Sanrabia Satybaldijewa vor ihrem Haus von unbekanntem Tätern niedergestochen und schwer verletzt.
10.11.2018	Innenminister Kaschkar Dschunuschalijew wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Kolokolzew zu Gesprächen über die Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung empfangen.
13.11.2018	Eine Delegation des Parlaments nimmt an den Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs in Frankreich teil. Am Rande findet ein kurzes Treffen zwischen Parlamentssprecher Dastanbek Dschumabekow und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron statt.

14.11.2018	Nach Angaben des Statistikamts der RF sind in den ersten zehn Monaten 2018 nur 247.600 kirgisische Arbeitsmigranten nach Russland neu eingereist. Im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum mit 472.000 fast doppelt so viele.
14.11.2018	Eine militärische Delegation unter Leitung von Generalstabschef Duischenbijew führt in Ankara Gespräche über die militärische Zusammenarbeit mit dem Generalstabschef der türkischen Streitkräfte, Yasar Güler, und dem türkischen Verteidigungsminister Hulusi Akar.
16.11.2018	In einem Interview mit der Nachrichtenagentur 24.kg beschuldigt Präsident Dscheenbekow seinen Vorgänger Atambajew der Einflussnahme und der Ausübung von Druck auf seine Person und Politik.
16.11.2018	Kirgistan stimmt als eines von 26 Ländern gegen einen Resolutionsentwurf des 3. Komitees der UN-Vollversammlung, in dem Russland Menschenrechtsverletzungen auf der Krim vorgeworfen werden.
16.11.2018	Präsident Dscheenbekow empfängt den Sprecher des usbekischen Parlaments, Nuridschon Ismoilow, zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis.
18.11.2018	Bei einer Sitzung des Ständigen Rats der CSTO wird der Vorsitz der Organisation von Kasachstan an Kirgistan übergeben und Aman Mambetsejtow, Bevollmächtigter Kirgistans bei der CSTO, einstimmig als neuer Vorsitzender des Ständigen Rates bestätigt.
19.11.2018	In einem Interview mit dem Fernsehkanal April wirft Ex-Präsident Atambajew seinem Nachfolger Dscheenbekow vor, dem Beispiel des 2010 entmachteten Präsidenten Kurmanbek Bakijew zu folgen, in dem er Klientelismus und Nepotismus fördere und unbegründete Festnahmen anordne.
21.11.2018	Außenminister Aidarbekow führt in Vilnius Gespräche mit seinem litauischen Amtskollegen Linas Linkevičius über die bilaterale Zusammenarbeit.
21.11.2018	Präsident Dscheenbekow diskutiert auf einer Konferenz mit den bisherigen Parlamentssprechern und Premierministern des Landes, außer denjenigen der Amtszeiten Bakijews und Atambajews, die politische Entwicklung des Landes, Justiz- und Verfassungsreformen, Änderungen im Wahlsystem und wirtschaftliche Großprojekte.
22.11.2018	Eine Parlamentsdelegation unter Leitung von Parlamentssprecher Dschumabekow nimmt an der Plenarsitzung der der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen Länder (TurkPA) im türkischen Izmir teil.
22.11.2018	In Bischkek wird der Vorstandsvorsitzende des Verlags Wetschernyj Bischkek, Aleksandr Rjabuschkin, wegen nicht näher definierter Gesetzesverletzungen verhaftet.
22.11.2018	Die Präsidialadministration teilt mit, dass ein Rat für die Beziehungen zu ausländischen Mitbürgern gegründet wurde, um auf die wachsende Zahl der Kirgisen im Ausland zu reagieren und Investitionen zu fördern.
23.11.2018	Außenminister Aidarbekow trifft in Brüssel u. a. mit Vertretern des EU-Parlaments und mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, zu Gesprächen über eine Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zusammen.
23.11.2018	In der Stadt Osch nehmen Tausende an einer Demonstration gegen Extremismus und Terrorismus teil.

Tadschikistan

22.10.2018	In der Nacht wird ein 23-jähriger tadschikischer Staatsbürger im russischen Sankt Petersburg von drei Unbekannten durch Schläge und Schüsse so schwer verletzt, dass er operiert werden muss.
22.10.2018	Das Innenministerium garantiert heimkehrwilligen Bürgern, die in Syrien oder dem Irak auf Seiten terroristischer und extremistischer Gruppen gekämpft haben, Rechtsbeistand. Betroffene können sich vorab telefonisch oder über die sozialen Netzwerke an die Verwaltung für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen wenden und um Überprüfung ihres Falles bitten.
23.10.2018	Im Untersuchungsgefängnis Nr. 1 von Duschanbe beginnt unter Ausschluss der Medien der Prozess gegen 17 des Attentats auf ausländische Radfahrer in Dangara (Gebiet Chatlon) im Juli 2018 Verdächtige. Nur einer von ihnen, Chusein Abdusamadow, war am Überfall selbst beteiligt, die anderen Angeklagten sind der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung und des Verschweigens einer Straftat angeklagt.
23.10.2018	Tadschikische Medien berichten wiederholt, dass seit mehreren Wochen in manchen Bezirken des Landes der Strom rationiert sei. Das staatliche Energieversorgungsunternehmen Barki totschi erklärt dies mit Reparaturmaßnahmen, unabhängige Beobachter sehen eher einen Zusammenhang mit den hohen Stromexporten bzw. der bevorstehenden Inbetriebnahme des Wasserkraftwerkes von Rogun.

23.10.2018	Außenminister Sirodschiddin Muchridin (Aslow) empfängt im Vorfeld der jährlichen bilateralen Konsultationen U.S. Deputy Assistant Secretary for Central Asia and Press and Public Diplomacy, Emilia Puma, zu Gesprächen über aktuelle politische und ökonomische Fragen. Puma erklärt später vor Journalisten, die USA seien besorgt über die Lage der Menschenrechte in Tadschikistan und hätten die Regierung des Landes aufgefordert, den Fall des aus politischen Gründen zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilten Anwalts Busurgmechr Jorow zu überprüfen.
24.10.2018	Der Sprecher der oberen Kammer des Parlamentes, Machmadsaid Ubajdullojew, wird in Moskau vom Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, zu Gesprächen u. a. über Möglichkeiten der Verbesserung der sozialen Situation der tadschikischen Arbeitsmigranten in Russland empfangen.
24.10.2018	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt den Leiter einer Abteilung der Verwaltung für den Kampf gegen illegalen Drogenhandel, der im August 2018 im Moment der Annahme von Bestechungsgeld in Höhe von 20.000 US-Dollar festgenommen worden war, zu einer Geldstrafe von 80.000 Somoni (8.700 US-Dollar) und verfügt seine Freilassung aus der Untersuchungshaft.
26.10.2018	In Duschanbe findet der 10. Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Tadschikistan statt. Die EU-Vertreter begrüßen die Freilassung von Chajrullo Mirsaidow und Schuchrat Kudratow, rufen die tadschikische Führung aber u. a. zur verstärkten Untersuchung von Foltervorwürfen auf.
26.10.2018	Bei einem Treffen mit Journalisten fordert Präsident Emomali Rachmon die Medienvertreter auf, weniger Lobesmeldungen zu publizieren, da sie einen falschen Eindruck erwecken und Politiker zu Fehlern verleiten würden.
27.10.2018	Rachmatullo Zoirow wird vom Parteitag der Sozialdemokraten (SDPT) zu ihrem Vorsitzenden wiedergewählt. Die von Delegierten vorgeschlagenen Gegenkandidaten hatten ihre Kandidatur vor der Wahl zurückgezogen.
28.10.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf eine Quelle beim Obersten Gericht, dass der ehemalige Chef der Verwaltung für den Kampf gegen illegalen Drogenhandel beim Innenministerium, Fajsullo Gadojew, bereits Mitte des Monats in absentia zu einer 28-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.
29.10.2018	Ein tadschikischer Staatsbürger startet auf Change.org eine Onlinepetition, in der gefordert wird, dass Staatsdiener und ihre Angehörigen keine Auslandskonten führen dürfen und ihre Urlaube im Land verbringen müssen (siehe: < https://www.change.org/p/эмомали-рахмон-таджикистан-чиновники-тоже-должны-придерживаться-закона >).
29.10.2018	Nach Angaben des Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Tadschikistan wurden die beiden Führungsmitglieder der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) Muchammadali Fajsmuchammad und Dschaloliddin Machmud nach durch Folter bedingter Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes in ein Krankenhaus überführt.
30.10.2018	Die BBC berichtet unter Berufung auf eine offizielle iranische Website, dass das Wirtschaftsgericht Tadschikistans auf Antrag des Staatlichen Komitees für Investitionen und die Verwaltung des Staatsbesitzes die Beendigung der Tätigkeit von mehr als 20 Unternehmen iranischer Staatsbürger beschlossen hat. Gründe seien nicht bekannt.
31.10.2018	Im neuesten Doing Business Index 2019 nimmt Tadschikistan Rang 126 von 190 Staaten ein und rutscht damit gegenüber dem Vorjahr um drei Plätze ab.
2.11.2018	Der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Russland, Wladimir Schirinowskij, wird von Präsident Rachmon zu vorher nicht geplanten Gesprächen über die Zusammenarbeit beider Staaten empfangen. Schirinowskij war am Vortag bereits mit Außenminister Muchridin zusammengetroffen und hatte sich vor der Presse sehr positiv über Präsident Rachmon geäußert.
2.11.2018	Präsident Rachmon empfängt den saudischen Innenminister, Prinz Abdel Asis bin Saud bin Najef, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
2.11.2018	Premierminister Kochir Rasulsoda nimmt an der Sitzung des Rates der Regierungschefs der GUS-Staaten in Astana teil.
2.11.2018	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt den Sohn des ehemaligen Energieministers Scherali Gul, Dilowar Gulow, zu einem Jahr Strafkolonie, nachdem er im Juli 2018 einen Polizisten bei einer Verkehrskontrolle krankenhaushausreif geschlagen hatte.
5.11.2018	In der Nacht schießt der Chef der OMON-Truppen des Autonomen Gebiets Berg-Badachschan (GBO), Chursched Muchammadsoda, in Chorog unvermittelt aus einem Auto mit einer Soft Gun auf eine Gruppe von Jugendlichen. Zwei junge Männer werden verletzt.

6.11.2018	In Chorog protestieren mehrere Dutzend Menschen vor dem Gebäude der Gebietsverwaltung gegen neu in der Stadt eingerichtete Checkpoints, die Stationierung zusätzlicher Sicherheitskräfte in GBAO und für die Bestrafung des Schützen vom Vortag. Der Zugang zu den sozialen Netzwerken, YouTube und einigen Nachrichten-Websites ist in ganz Tadschikistan blockiert.
6.11.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass der von Tadschikistan als IS-Kämpfer via Interpol gesuchte Murodali Chalimow, der vor zwei Jahren in Kiew verhaftet worden war, nicht ausgeliefert, sondern freigelassen worden sei. Er soll sich auf dem Territorium der selbsternannten Volksrepublik Donezk befinden.
7.11.2018	Außenminister Muchriddin trifft am Rande des CSTO-Treffens in Astana mit seinem kirgisischen Amtskollegen Tschingis Aidarbekow zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen.
7.11.2018	In Chudschand (Gebiet Sogd) kommen am späten Abend bei einem Gefangenenaufstand in einem Hochsicherheitsgefängnis mehrere Menschen ums Leben, mehreren Insassen soll die Flucht gelungen sein. Ein Gefangener soll sich die Waffe eines Mitarbeiters angeeignet und die Wachmannschaften beschossen haben.
8.11.2018	Generalstaatsanwalt Jusuf Rachmon trifft in Washington mit dem Direktor des Federal Bureau of Investigation (FBI), Christopher Wray, zu Gesprächen über eine Zusammenarbeit im Kampf gegen transnationale Kriminalität sowie internationalen Terrorismus und Extremismus zusammen.
8.11.2018	Der IS reklamiert in einer über seine Nachrichtenagentur Amaq verbreiteten Erklärung den Aufstand im Gefängnis von Chudschand für sich, er sei von einem »Soldaten des Kalifats« provoziert worden.
8.11.2018	Präsident Rachmon nimmt an der regulären Sitzung des Rates für kollektive Sicherheit der CSTO in Astana statt, bei der Fragen der Koordinierung der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten und eine Verbesserung der Mechanismen der Zusammenarbeit erörtert werden.
9.11.2018	In Duschanbe wird im Beisein von Präsident Rachmon ein Zentrum für den Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus beim Innenministerium eröffnet.
11.11.2018	Der Sprecher der unteren Kammer des Parlamentes, Schukurdschon Suchurow, nimmt in Paris an den Gedenkfeiern anlässlich des Endes des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und dem anschließenden Friedensforum teil.
11.11.2018	In seiner Rede anlässlich des Tages der Polizei erklärt Präsident Rachmon, dass der Überfall auf die ausländischen Radtouristen bei Dangara im Juli 2018 wegen Nachlässigkeit der örtlichen Sicherheitskräfte der Stadt Nurek und des Bezirks Pjandsch möglich war.
12.11.2018	Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti meldet unter Berufung auf eine Quelle im tadschikischen Staatlichen Komitee für nationale Sicherheit (GKNB), dass Sicherheitskräfte am 4.11.2018 12 IS-Anhänger festgenommen hätten, die Terroranschläge auf die 201. russische Militärbasis und die Schule des Verteidigungsministeriums der RF in Duschanbe geplant hätten. Ein Sprecher der GKNB dementiert sowohl die Verhaftung als auch das Bestehen der Gruppe und etwaige Anschlagpläne.
13.11.2018	Der Zentralasienexperte von Human Rights Watch, Steve Sverdlov, fordert die tadschikische Regierung zur transparenten Untersuchung der Vorgänge im Hochsicherheitsgefängnis von Chudschand unter Hinzuziehung internationaler Spezialisten auf. Bislang ist selbst die Zahl der Todesopfer unklar, oppositionelle Exilmedien berichten von bis zu 53 Toten, darunter zwei Gefängniswärter, und 186 Verletzten. Anlass des Aufstandes soll die Schikanierung eines Gefangenen durch das Wachpersonal gewesen sein.
12.11.2018	Die UN-Frauenrechtskommission fordert die tadschikische Regierung auf, Jungfräulichkeitstests vor der Eheschließung zu verbieten. Sie werden seit durch eine Gesetzesänderung 2016 ein Gesundheitstest der Heiratswilligen vor der Eheschließung obligatorisch wurde zunehmend durchgeführt.
14.11.2018	Ein Moskauer Gericht verurteilt den Chef des Bestattungsdienstes Ritual, Aleksandr Tschabujew, zu einer Freiheitsstrafe von 11 Jahren und den Anführer der Gruppe »Gesunde Nation«, Aleksandr Botscharnikow, zu zehn Jahren, wegen der Organisation der Schlägereien auf dem Chowanskij-Friedhof im Frühjahr 2018. Ihr Ziel bei der Massenschlägerei, an der ca. 200 Menschen beteiligt waren, sei es gewesen, die tadschikischen Arbeiter vom Friedhof zu verdrängen. Im Dezember 2017 waren aus gleichem Anlass bereits fünf tadschikische Staatsbürger zu jeweils drei Jahren Haft verurteilt worden.
15.11.2018	Die ADB bewilligt einen Kredit in Höhe von 35 Mio. US-Dollar für den Wiederanschluss Tadschikistans an das zentralasiatische Stromnetz.
15.11.2018	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt einen Englischlehrer wegen Anwerbung von IS-Kämpfern zu einer 19-jährigen Freiheitsstrafe. Neun weitere Angeklagte, darunter vier Schüler des Hauptangeklagten, müssen für sechs Monate bis zu 19 Jahren hinter Gitter.

15.11.2018	Der Leiter der Hochsicherheitsgefängnisses von Chudschand, in dem es am 7.11. zu einem Gefangenenaufstand gekommen war, wird wegen Fahrlässigkeit, Folter und Verheimlichung des sich anbahnenden Aufstandes verhaftet.
16.11.2018	Präsident Rachmon setzt offiziell den ersten Generator des Wasserkraftwerkes von Rogun in Kraft. An dem feierlichen Ereignis nehmen u. a. der afghanische Vize-Premier Muhammad Khan und der russische stellvertretende Energieminister Andrej Tscheresow sowie der Vize-Präsident der Weltbank, Cyril Muller, teil.
17.11.2018	Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzende des GKNB, Mansurdschon Umarow, vor dem Parlament, halten sich derzeit 1899 tadschikische Kämpfer im Irak und in Syrien auf. Außerdem würden mehrere hundert Familienangehörige gefallener Kämpfer dort festsitzen. Angaben zur Zahl der Toten macht Umarow nicht.
19.11.2018	Tadschikistan stimmt, wie Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Russland und 21 weitere Staaten im 3. Komitee der UN-Vollversammlung gegen einen von der Ukraine initiierten Resolutionsentwurf, der die Annexion der Krim und Menschenrechtsverletzungen auf der Halbinsel verurteilt. 67 Staaten stimmen dafür, 82 enthalten sich.
19.11.2018	Sieben bei dem Gefangenenaufstand im Hochsicherheitsgefängnis von Chudschand verletzte Wärter werden im Krankenhaus unter dem Verdacht des Verschweigens der Vorbereitung einer Straftat und Nachlässigkeit verhaftet.
19.11.2018	Im neuen Bericht der U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF) für 2017 wird Tadschikistan erneut unter den Ländern, die die religiöse Freiheit verletzen, genannt.
20.11.2018	Präsident Rachmon empfängt den Sprecher der unteren Kammer des usbekischen Parlamentes, Nurdindschon Ismoilow, der als erster Inhaber dieses Amtes Tadschikistan besucht, zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Beziehungen beider Staaten. Ismoilow führt auch Gespräche mit seinem tadschikischen Amtskollegen Schukurdschon Suchurow.
21.11.2018	Das Oberste Gericht verurteilt den Hauptangeklagten im Fall des Angriffs auf die ausländischen Radfahrer, Abdusamadow, zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe, zwei weitere Angeklagte müssen für 16 Jahre hinter Gitter, die übrigen 12 für ein bis anderthalb Jahre.
21.11.2018	Drei tadschikische Staatsbürger, die wegen Teilnahme an Kriegshandlungen im Ausland gesucht wurden, kehren nach den gesetzlich vorgeschriebenen Gesprächen für freiwillige Rückkehrer ohne Probleme zu ihren Familien zurück.
21.11.2018	Der Sekretär des Sicherheitsrates Tadschikistans, Abdurachim Kachcharow, nimmt in Moskau am jährlichen Treffen der Sekretäre der Sicherheitsräte der GUS-Staaten unter Vorsitz des Vertreters der RF, Nikolaj Patruschew, teil, bei dem Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit im GUS-Gebiet erörtert werden.
22.11.2018	Ein Gericht in Chudschand verurteilt eine Gruppe von acht jungen Männern wegen Mitgliedschaft in der verbotenen religiösen Gruppierung der Salafiten zu Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis achteinhalb Jahren.
23.11.2018	Tadschikistan nimmt im neuesten Speedtest Global Index, der die Geschwindigkeit des Internets misst, den 124. und damit letzten Platz noch hinter Afghanistan und dem Irak ein.
23.11.2018	In Brüssel findet eine reguläre Sitzung des Rates für die Zusammenarbeit EU-Zentralasien unter Teilnahme von Außenminister Muchridin und seinen Amtskollegen aus Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan und Usbekistan sowie der österreichischen Ministerin für Europäische Angelegenheiten, Integration und auswärtige Angelegenheiten, Karin Kneissl, statt.

Turkmenistan

22.10.2018	Fergananews berichtet, dass die Polizei begonnen habe, Autos auf dem Weg von Aschgabat in die Gebiete des Landes zu kontrollieren und die Ausfuhr von großen Mengen Lebensmitteln mit Geldstrafen zu belegen.
23.10.2018	In Aschgabat findet das dritte mehrtägige Treffen der Vertreter der kaspischen Anrainerstaaten (Turkmenistan, Russland, Kasachstan, Aserbaidschan, Iran) zur Besprechung des Protokolls zur Bekämpfung der Wilderei statt.
26.10.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass es auf den Märkten des Gebietes Daschogus so gut wie kein Mehl mehr gebe. Staatliche Lebensmittelläden würden noch importiertes Mehl verkaufen, aber die Schlangen seien riesig und es komme aufgrund des Defizits und der langen Wartezeiten häufig zu Konflikten und Handgreiflichkeiten.
29.10.2018	Das Außenministerium empfängt eine deutsche Parlamentariergruppe zum Austausch über die Intensivierung der interparlamentarischen Beziehungen und die regionale Sicherheitslage.

29.10.2018	Bei einem Treffen der tadschikisch-turkmenischen Regierungskommission für Handel, wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit in Duschanbe wird die Fertigstellung des Baus der Eisenbahnlinie Tadschikistan–Afghanistan–Turkmenistan vereinbart. Das Projekt, das 2013 beschlossen wurde, lag zuletzt wegen Meinungsverschiedenheiten über die Länge der Streckenabschnitte brach.
1.11.2018	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL wurden 14.000–15.000 Schüler, Studenten und Angestellte staatlicher Organisationen gezwungen, an der Vorbereitung der Weltmeisterschaft der Gewichtheber teilzunehmen, die am selben Tag in Aschgabat beginnt.
1.11.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die Behörden im Gebiet Daschogus den Bürgern, die die im vergangenen Monat eingeführten Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen wie Gas, Strom und Wasser nicht bezahlen, das Gas abdrehen.
3.11.2018	In Aschgabat fordern die Behörden alle Einwohner auf, Gaszähler in ihren Wohnungen zu installieren und überprüfen dies bei Hausbesuchen. Der Preis für einen Zähler inkl. Installation liegt nach offiziellen Angaben bei 258 Manat (ca. 74 US-Dollar).
5.11.2018	Der afghanische Finanzminister Mohammad Homayoun Qayumi ist für Gespräche über die Umsetzung gemeinsamer Infrastrukturprojekte, wie den Bau der TAPI-Pipeline und eines gemeinsamen Eisenbahnkorridors, zu Gast im Außenministerium.
6.11.2018	Die offizielle Website des Außenministeriums berichtet, dass Vertreter der OSZE, von UN-Agenturen und der diplomatischen Vertretungen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und der USA Bildungseinrichtungen in einem Gefängnis im Gebiet Achal besichtigt haben und sich mit Gefangenen unterhalten konnten.
10.11.2018	Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu ist für Gespräche über Handelsbeziehungen und Investitionen mit Außenminister Raschid Meredow in Aschgabat.
11.11.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass staatliche Bedienstete aus den Bereichen Kultur, Bildung und Öl- und Gasförderung im Gebiet Balkan seit mehreren Wochen kein Gehalt mehr erhalten haben.
13.11.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass im Gebiet Daschogus seit einigen Wochen Kühe und Rinder an einer unbekanntem Krankheit sterben. Ende Oktober sind im gleichen Gebiet bereits massenweise Kamele verendet. Wie sich später herausstellte, war die Todesursache jedoch keine Epidemie, sondern Unterernährung.
14.11.2018	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL können turkmenische Studenten in Russland erneut an Geldautomaten mit Bankkarten turkmenischer Banken kein Geld abheben.
14.11.2018	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow nimmt an der Einweihung des Hauses der turkmenisch-usbekischen Freundschaft im usbekischen Gebiet Urgentsch teil und tauscht sich mit dem usbekischen Außenminister Abdulasis Kamilow über die bilaterale Zusammenarbeit aus.
15.11.2018	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Präsidenten der Asian Development Bank (ADB), Takehiko Nakao, zu Gesprächen über die Entwicklung der Partnerschaft zwischen Usbekistan und der ADB.
19.11.2018	Die Regierung gibt bekannt, dass Saudi-Arabien einen Auftrag in Höhe von 40 Mio. US-Dollar zur Lieferung von mehr als 35.000 m Stahlrohren für den Bau des turkmenischen Abschnitts der TAPI-Erdgasleitung erhalten hat. Die Finanzierung erfolgt durch den Saudi Development Fund. Im Februar 2018 hatte die Regierung bereits die Fertigstellung des turkmenischen Abschnitts gemeldet.
22.11.2018	Präsident Berdymuchammedow empfängt seinen aserbaidjanischen Amtskollegen Ilham Alijew in Aschgabat zu Gesprächen, bei denen insgesamt 20 bilaterale Dokumente über die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Wirtschaft, Verkehr, Transit, Logistik, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Investitionsschutz und Steuern unterzeichnet werden.

Usbekistan

20.10.2018	Präsident Schawkat Mirsijojew und seine Amtskollegen aus Russland und Kasachstan, Wladimir Putin und Nursultan Nasarbajew, treffen im kasachstanischen Saryagasch (Gebiet Turkistan) zu unangekündigten, informellen Gesprächen über die trilaterale Zusammenarbeit im ökonomischen und humanitären Bereich zusammen.
21.10.2018	Die Arbeitsgruppen der usbekischen und kirgisischen Regierungen zur Regulierung der offenen Grenzfragen beenden eine weitere Verhandlungsrunde, bei der u. a. die Grenzen der Exklave Schachimardan festgelegt wurden.
22.10.2018	In den vergangenen beiden Wochen wurden nach Meldungen usbekischer Medien im Zusammenhang mit Problemen bei der Baumwollernte zehn Vorsitzende von Städten und Bezirken ausgetauscht, der Gouverneur des Gebietes Taschkent erhielt einen mündlichen Tadel wegen Nichterfüllung des Ernteplanes.

23.10.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über die Bildung eines Energieministeriums, das für die Organisation und Regulierung des Kraftstoff- und Energiesektors zuständig sein wird.
23.10.2018	Präsident Mirsijojew empfängt US-Handelsminister Wilbur Ross zu Gesprächen über Fragen der Realisierung verschiedener Programme und Projekte in den Bereichen Handel, Industrie, Landwirtschaft und Transport.
25.10.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über erleichterte Regeln zur Gewährung der Staatsbürgerschaft für langfristig im Ausland lebende Usbeken. Bisher droht dieser Personengruppe bei der Einreise nach Usbekistan die Verhaftung wegen illegaler Ein- oder Ausreise und bis zu zehn Jahre Gefängnis.
27.10.2018	Der Sondergesandte für Afghanistan, Ismatulla Irgaschew, erklärt bei einem Treffen mit dem afghanischen Berater für nationale Sicherheit, Hamdullah Mohib, dass Usbekistan in den Friedensbemühungen für Afghanistan auch in Kontakt mit den Taliban stehe.
28.10.2018	Die russische Komsomolskaja Prawda berichtet, dass ein usbekischer Staatsbürger, der im Donbass auf Seiten der Separatisten gekämpft hatte und festgenommen worden war, nach dem Einsatz mehrerer russischer Politiker freigelassen wurde, womit ihm auch keine Auslieferung nach Usbekistan mehr droht.
29.10.2018	Präsident Mirsijojew entlässt den stellvertretenden Premierminister (mit Zuständigkeit für Land- und Wasserwirtschaft sowie Lebensmittelproduktion), Zojir Mirsajew, wegen ernster Mängel bei der Organisation der Aussaat des Wintergetreides. Aus einem Kommentar von Premierminister Abdulla Aripow geht hervor, dass Anlass der Absetzung im Internet verbreitete Fotos von wegen schlechter Arbeitsergebnisse schikanierten Mitarbeitern lokaler Verwaltungen waren.
31.10.2018	Im neuesten Doing Business Index 2019 nimmt Usbekistan mit Rang 76 (von 190 Ländern) einen um zwei Plätze schlechteren Rang als im Vorjahr ein.
1.11.2018	Ein Gericht des Gebietes Nawoi verurteilt einen im Sommer 2018 auf Betreiben des usbekischen Dienstes für staatliche Sicherheit aus der Türkei ausgelieferten Mann wegen Terrorismus zu 17 Jahren Lagerhaft. Er soll von 1994 bis 1999 der Bewegung der Dschihadisten angehört haben und hatte seit 1999 in der Türkei gelebt.
1.11.2018	Während der 6. Internationalen Konferenz der Regionalen Antiterrorstruktur (RATS) der SCO in Taschkent gibt der Direktor des Exekutivkomitees der RATS, Jewgenij Sysojew, bekannt, dass die Sicherheitsdienste der SCO-Mitgliedsstaaten 2017 mehr als 50 Terrorzellen ausgehoben und 360 Nutzer von terroristischen und religiös-extremistischen Internetgruppen verhaftet haben.
1.11.2018	In Taschkent findet das regelmäßige Treffen des Usbekistan – EU Komitees für parlamentarische Zusammenarbeit statt, an dem Vertreter des Europäischen Parlamentes und beider Kammern der usbekischen Volksvertretung sowie Journalisten teilnehmen.
2.11.2018	Die Regierung beschließt eine Erhöhung der Preise für Strom (ab 16.11. kostet 1 kWh Strom Privatverbraucher 21,4 Sum mehr, am 1.6.2019 folgt eine weitere Erhöhung um 30 Sum auf 280 Sum), Gas (am 16.11. und 1.6.2019 um insgesamt ca. 50 Sum) und Benzin und Diesel ab 16.11. um 4,5 –17%.
2.11.2018	Der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Russlands, Wladimir Schirinowskij, besucht mit einer Gruppe von Duma-Abgeordneten seiner Fraktion Buchara.
3.11.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass am 1.11. die gesamte Auflage der Zeitung Adabijot (Literatur) wegen eines Artikels des Schriftstellers Mamadali Machmudow beschlagnahmt wurde, in dem der ehemalige politische Gefangene behauptet, dass der wegen seiner Beteiligung an den Bombenanschlägen von Taschkent 2009 in absentia verurteilte Muhammad Salih nichts mit diesen Ereignissen zu tun hatte.
7.11.2018	Der in den Niederlanden ansässige Wohltätigkeitsfonds Friends of Nucus Museum, FoNM, kündigt seine Auflösung zum 31.12.2018 an. Die 2001 zur Unterstützung des Sawitskij-Museums gegründete Organisation beklagt das Verschwinden der von ihr gestifteten Audioführer und Bücher.
7.11.2018	Aus einem Facebook-Post der Direktorin von AI in der Ukraine, Oksana Pokaltschuk, geht hervor, dass die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine den Antrag Usbekistans auf Ausweisung des Journalisten Nasrullo Achundschonow abgelehnt hat.
8.11.2018	Verteidigungsminister Abdusalom Asisow empfängt eine US-amerikanische Militärdelegation unter Führung von Deputy Assistant Secretary of Defense for Afghanistan, Pakistan and Central Asia, Colin Jackson, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der militärischen Zusammenarbeit.
8.11.2018	Außenminister Abdulasis Kamilow trifft während seines Deutschlandbesuches u. a. mit Bundesaußenminister Heiko Maas zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit, die Situation in Afghanistan und die Möglichkeiten einer Kooperation Usbekistans mit der EU zusammen.

8.11.2018	Der Sonderbeauftragte für Afghanistan, Irgaschew, nimmt an der internationalen Konferenz »Joint Vision for Afghanistan« im Europäischen Parlament in Brüssel teil.
9.11.2018	Der Rechtsanwalt des bekanntesten usbekischen Oppositionellen und Vorsitzenden der Demokratischen Partei Erk, Muhammad Solih, teilt mit, dass sein Mandant nun eine offizielle Bestätigung von Interpol über seine Streichung von der Liste der international gesuchten Personen habe. Solih, der in der Türkei lebt, wurde auf usbekisches Betreiben seit 1999 international gesucht und wurde mehrfach bei Auslandsreisen festgenommen, aber immer wegen des politischen Hintergrundes des Suchbefehls wieder freigelassen.
9.11.2018	Ein Gericht im kasachstanischen Aktobe verurteilt die drei Fahrer des Autobusses, der am 18.1.2018 auf der Überlandstraße Samara–Schymkent ausgebrannt war, zu fünf Jahren Freiheitsentzug. Der Gründer der Firma und der zuständige Automechaniker müssen für dreieinhalb Jahre hinter Gitter. Bei dem Feuer waren 52 usbekische Arbeitsmigranten zu Tode gekommen.
11.11.2018	Der Vorsitzende des Senats, Nigmatilla Juldaschew, nimmt an den Feierlichkeiten anlässlich des 100. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges in Paris teil.
12.11.2018	Usbekistan unterzeichnet als einziger zentralasiatischer Staat die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf dem UNESCO Forum zur Regulierung des Internets vorgeschlagene Deklaration Paris Call for Trust and Security in Cyberspace.
13.11.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass dem im schweizerischen Exil lebenden Politemigranten Safar Bekschan bereits am 17.3.2017 ohne Angabe von Gründen die usbekische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Er wurde darüber aber erst jetzt durch einen Brief des usbekischen Konsulats in Berlin informiert.
16.11.2018	Die nicht registrierte oppositionelle Demokratische Volksbewegung Birdomlik konnte nach Angaben ihres Vorsitzenden Bachodir Hon Turkiston, alias Bachodir Chorijew, ihren für den 15./16.11.2018 im kasachstanischen Schymkent geplanten Kongress nicht abhalten, weil viele potentielle Teilnehmer nicht über die Grenze gelassen bzw. des Landes verwiesen wurden.
16.11.2018	Der Sprecher der unteren Kammer des Parlamentes, Nuridschon Ismailow, wird während seines Arbeitsbesuches in Bischkek vom kirgisischen Präsidenten Sooronbaj Dscheenbekow zu Gesprächen empfangen.
17.11.2018	Human Rights Watch (HRW) fordert in einer auf seiner Website veröffentlichten Erklärung die usbekische Führung auf, weitere politische Gefangene freizulassen und die bereits aus der Haft entlassenen zu rehabilitieren. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation wurden seit dem Amtsantritt Präsident Mirsijojew mehr als 35 aus politischen Motiven Verurteilte frei gelassen, es befinden sich aber noch Tausende wegen zweifelhafter Motive hinter Gittern.
19.11.2018	Usbekistan stimmt, wie Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Russland und 21 weitere Staaten im 3. Komitee der UN-Vollversammlung gegen einen von der Ukraine initiierten Resolutionsentwurf, der die Annexion der Krim und Menschenrechtsverletzungen auf der Halbinsel verurteilt. 67 Länder stimmen dafür, 82 enthalten sich.
20.11.2018	Chafisullo Nasyrow, einer der ersten Führer der Hisb ut-Tahrir, gibt in einem dem usbekischen Dienst von RFE/RL zugespielten Video seinen Austritt aus der verbotenen religiösen Gruppe bekannt.
20.11.2018	Der Sprecher der unteren Kammer des usbekischen Parlamentes, Ismoilow, wird in Duschanbe vom tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon und seinem Amtskollegen Schukurdschon Suchurow zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Beziehungen beider Staaten empfangen. Dies ist der erste offizielle Tadschikistan-Besuch eines Sprechers des usbekischen Parlamentes.
21.11.2018	Nach Angaben der International Labour Organisation (ILO) arbeiteten während der diesjährigen Baumwollernte 93 % der Pflücker auf freiwilliger Basis, eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 6 %. Das Ministerium für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen teilt mit, dass mehr als 200 Führungspersonen wegen Ausübung von Zwang während der Baumwollernte zur Verantwortung gezogen würden.
21.11.2018	Präsident Mirsijojew empfängt den Generaldirektor des Büros der UN in Genf, Michael Møller, zu Gesprächen zu Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
21.11.2018	Außenminister Kamilow wird in Brüssel von Neven Mimica, EU-Kommissar für Entwicklungszusammenarbeit, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Kooperation empfangen. Gleichzeitig wird bekannt, dass die EU Usbekistan 25 Mio. Euro zur Unterstützung der ländlichen Bevölkerung zur Verfügung stellt, das Justizministerium erhält einen 10 Mio. Euro Kredit.
21.11.2018	Der Vorsitzende des Senats, Juldaschew, empfängt eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE unter Leitung ihres Vorsitzenden George Tsereteli zu Gesprächen über Prioritäten der Zusammenarbeit beider Volksvertretungen.

22.11.2018	Außenminister Kamilow trifft in Brüssel mit der österreichischen Ministerin für Europäische Angelegenheiten, Integration und auswärtige Angelegenheiten, Karin Kneissl, zu Gesprächen über die Beziehungen Usbekistan-EU zusammen.
23.11.2018	Außenminister Kamilow und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, beginnen die offiziellen Verhandlungen über ein Erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPCA). Am gleichen Tag findet in Brüssel auch die reguläre Sitzung des Rates für die Zusammenarbeit EU-Zentralasien unter Teilnahme der Außenminister aller zentralasiatischen Staaten statt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistentin: Ann-Sophie Gast
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen

auf

www.laender-analysen.de

[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

